



## Vorlage Stadtparlament

vom 6. Oktober 2015

Nr. 3510

---

152.15.11 Stadtparlament: Postulate

Postulat Felix Keller (FDP), Roger Dornier (FDP), Michael Hugentobler (CVP), Heini Seger (SVP), Daniel Stauffacher (CVP), Karin Winter-Dubs (SVP): Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen; Frage der Erheblicherklärung

**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen wird **erheblich** erklärt.

---

Felix Keller, Roger Dornier, Michael Hugentobler, Heini Seger, Daniel Stauffacher und Karin Winter-Dubs sowie 29 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 30. Juni 2015 das beiliegende Postulat "Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

**1 Ausgangslage**

Die finanzielle Lage der Stadt St.Gallen hat sich seit dem Jahr 2010 verschlechtert. Die Ausgaben haben sich stärker entwickelt als die Einnahmen, wodurch sich ein jährliches strukturelles Defizit in der Höhe von mehreren Millionen Franken ergeben hat. Infolge der Unterdeckung der Investitionsrechnung ist auch die Verschuldung laufend angestiegen.

Betrachtet man die einschlägigen Kennziffern des Haushaltes, könnte man die Lage zwar noch als einigermaßen befriedigend einschätzen. So hat sich die Situation bezüglich des Eigenkapitals seit dem Jahr 2010 nicht wesentlich verschlechtert. Es hat sich von CHF 84,6 Mio. im Jahr 2010 auf 84,2 Mio. im Jahr 2014 nur unwesentlich verringert. Das ist einerseits auf Entlastungsmassnahmen des Stadtrates (Fit13<sup>plus</sup>) und auf Besserabschlüsse gegenüber



dem Budget aufgrund nicht planbarer Sonderfaktoren zurückzuführen, aber auch auf die Ausgabendisziplin der Verwaltung.

Hingegen ist die nominelle Nettoverschuldung von CHF 133,9 Mio. im Jahr 2010 auf CHF 166,6 Mio. im Jahr 2014 angestiegen. Die Budgets 2015 und 2016 sehen einen weiteren Anstieg der Verschuldung vor. Letztmals im Jahr 2001 musste ein ähnlich hoher Wert der Verschuldung verzeichnet werden

Wenn es auch schwierig ist, die absolute Höhe des strukturellen Defizits genau festzulegen, so liegt dieses in den beiden Planjahren 2015 und 2016 auf insgesamt über CHF 30 Mio. Nimmt man den Zeitraum 2011 bis 2016, so ergibt sich im Mittel ein Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 17 Mio. jährlich.

Eine Analyse der Bilanz 2014 zeigt auf der Passivseite, dass das Fremdkapital auf nahezu 1'000 Mio. CHF angewachsen ist. Die Aktivseite zeigt auf, wofür die Mittel verwendet wurden. Den Löwenanteil machen die Aufstockung des Finanzvermögens (plus CHF 117 Mio.) und die Erhöhungen von Darlehen an sog. eigene Beteiligungen aus – insbesondere die Stadtwerke – (plus CHF 156 Mio.). Die Verschuldung gegenüber Dritten (Banken, Versicherungen und Personal) beläuft sich Ende 2014 auf CHF 829 Mio. CHF (Ende 2010 466 Mio. CHF).

Diese kurz gefasst Situationsanalyse verdeutlicht, dass insbesondere die mittel- bis langfristige Finanzplanung künftig noch vermehrt an Bedeutung gewinnen wird.

## **2 Die Forderungen des Postulats**

Die Postulanten ersuchen den Stadtrat, Massnahmen aufzuzeigen, wie standardmässig bei jeder Parlamentsvorlage die finanziellen Auswirkungen dargelegt werden können. Als Stichworte werden wiederkehrende Kosten wie Betriebs-, Unterhalts- und Personalkosten sowie Kapitalkosten genannt. Damit sollen die Folgen für die Laufende Rechnung und für die Investitionsrechnung für einen Zeitraum von 15 bis 25 Jahren aufgezeigt werden.

## **3 Die Haltung des Stadtrats**

Das Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt St.Gallen (Finanzreglement; sRS 811.1) vom 19. Mai 1987) verpflichtet in seinem Art. 4 unter der Marginalie „Wirtschaftlichkeit“ dazu, die Aufgaben so zu erfüllen, dass bei gegebener Zielsetzung möglichst geringe Investitions- und Betriebsaufwendungen entstehen. Die durch ein Vorhaben, für das ein Verpflichtungskredit erforderlich ist, ausgelösten wiederkehrenden Kosten sind zu ermitteln, soweit dies möglich ist. Art. 36 des Finanzreglements lautet: „Bringt ein Vorhaben, für das ein Ver-



pflichtungskredit erforderlich ist, nach seiner Verwirklichung neue oder höhere Unterhalts- und Betriebskosten mit sich, sind diese möglichst genau zu ermitteln und bei der Einholung des Verpflichtungskredits zu nennen.“

Der Stadtrat hat in finanziell gewichtigen Vorlagen an das Parlament denn auch regelmässig und, soweit möglich, auf die finanziellen Folgen hingewiesen. Jüngstes Beispiel ist die Vorlage an das Stadtparlament „Subventionserhöhungen für das Naturmuseum und das Kunstmuseum für 2016 ff. Es ist aber unbestritten, dass dies im Rahmen der Vorschriften des Finanzreglements in Zukunft vor allem hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Verträglichkeit mit den städtischen Finanzen detaillierter, umfassender und systematischer gemacht werden kann. Zu relativieren ist an dieser Stelle allerdings, dass zwar die Kostenseite einer Vorlage verhältnismässig genau prognostiziert werden kann. Die Entwicklung der Ertragsseite – und damit der Check, ob etwas mittel- bis langfristig durch die Stadt nachhaltig finanziert werden kann – ist aber sehr schwer abzuschätzen. Die Struktur der Einnahmenseite ist wenig direkt beeinflussbar, weil hier viele exogene Faktoren wirksam sind. Zudem ergeben sich zwischen Investitionen bzw. Ausgaben und Einnahmen Rückkoppelungen; Stichwort Standortattraktivität. Hier wird sich eine grundlegende Problematik der Forderungen des Postulates zeigen.

Der Stadtrat ist aber einverstanden, das Anliegen zu prüfen, das Postulat erheblich zu erklären und dem Parlament im Sinne des Wortlautes des Postulats Bericht zu erstatten.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Postulat vom 30. Juli 2015

